Nahverkehrsplan - Steckbrief für die Kinder und Jugendbeteiligung

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist die Beförderung von Fahrgästen mit der Bahn, dem Bus oder der Straßenbahn. Diese Fahrzeuge können von jedermann genutzt werden, wenn die Fahrgäste einen gültigen Fahrschein haben. Grundsätzlich verkehren Bahnen, Busse und Straßenbahnen nach Fahrplänen mit genau definierten Abfahrtszeiten und auf einer festen Route. Neuerdings gibt es auch die Möglichkeit, mit sogenannten flexiblen Bedienformen im Busverkehr außerhalb des Fahrplans ein Beförderungsangebot zu unterbreiten.

Für den Einsatz der Bahn ist das Land Brandenburg verantwortlich. Da der ÖPNV nicht aus den Erlösen von den Fahrscheinen bezahlt werden kann, hat das Land Brandenburg mit dem ÖPNV-Gesetz diese Aufgabe des Bus- und Straßenbahnverkehrs den Landkreisen übertragen. Diese müssen die Verkehrsleistung definieren, einen Auftrag vergeben und auch aus ihrem Haushalt einen Zuschuss an die Verkehrsunternehmen zahlen.

Um genau festzulegen, an welchem Ort wie oft und in welche Richtung ein Bus fahren soll, bedarf es einer Planung. Dieser Plan ist der Nahverkehrsplan (NVP). Dieser wird vom Kreistag beschlossen und dann müssen die entsprechenden Aufträge an die Busunternehmen verteilt werden. Aber wie entsteht denn nun ein NVP bevor er beschlossen werden kann?

Wie bei jeder Planung wird erst einmal eine Analyse gemacht. Dabei werden meistens Planungsbüros vom Landkreis beauftragt. Diese untersuchen folgende Punkte:

- Wo wohnen wie viele Personen (Besiedlungsdichte)
- Wo wollen diese Personen hin (Anschluss an die Bahn, Schule, Arbeit, Freizeit, Einkaufen ...)
- Wann wollen diese Personen befördert werden
- Wann wollen diese Personen zurück
- Wie viele Personen könnten es für jede Relation sein
- Welche Bushaltestellen gibt es

Nach diesem Analyseteil gibt es einen Abgleich mit dem bisherigen Verkehrsangebot. Mit den Ergebnissen aus der Analyse wird geprüft, ob mit dem bisherigen Verkehrsangebot die Beförderungserfordernisse erfüllt werden. Dabei kann nicht jeder einzelne (individuelle) Wunsch

berücksichtigt werden, sondern es geht darum, die gemeinsamen Wünsche von Personengruppen zu erfassen und ihnen ein Angebot zu unterbreiten. Deshalb gibt es ja Busse, die im Vergleich zum Pkw sehr viele Personen mit einer Fahrt befördern können. Es kann sein, dass das bisherige Angebot mit dem in der Analyse festgestelltem Bedarf nicht passt. Das könnte an folgenden Punkten liegen:

- Die Bahn hat Ihren Fahrplan geändert.
- Es ist ein neues Einkaufszentrum, ein neuer Freizeitpark oder ein neues Ärztehaus entstanden, zu dem es bisher kein ÖPNV-Angebot gab
- Es ist ein neues Industriewerk entstanden, wo viele Menschen arbeiten.
- Es ist ein neues Wohngebiet entstanden, in dem viele Menschen wohnen
- Oder es ändern sich die Schulanfangs- oder Endzeiten.

Wenn einer dieser Gründe vorliegt, werden Linienwege und Bedienungshäufigkeiten (Taktung) durch das Planungsbüro angepasst. Dieser neue Plan (es kann auch der alte Plan mit nur wenigen Anpassungen sein) wird dann vorgestellt (Beteiligungsverfahren). In dieser Phase der Vorstellung sollen möglichst viele Personen/Einwohner ihre Meinung äußern. Besonders viel Wert wird auf die Meinung derjenigen gelegt, die den ÖPNV nutzen oder nutzen wollen. Diese Anregungen und Hinweise werden geprüft und je nach Plausibilität und Anzahl gewertet. Wenn es sinnvoll erscheint, werden diese Anregungen in den NVP aufgenommen (Abwägungsverfahren). Aber: nicht jeder einzelne Wunsch kann berücksichtigt werden, weil mit dem ÖPNV Wünsche gebündelt werden sollen. Denn nur so lässt sich das Beförderungsangebot effektiv und klimaschonend darstellen.

Mit der Analyse, dem Entwurf eines neuen Planes und der Berücksichtigung der Meinung von Schülern/Bürgern/Pendlern, aber auch von Städten und Gemeinden wird dieses Werk den Abgeordneten des Kreistages vorgestellt. Diese bringen dann noch ihre Position ein und beschließen diesen Plan. Der Beschluss des Planes ist selten einstimmig. Dennoch wird er verbindlich, wenn die Mehrheit mit „dafür“ gestimmt hat. Andernfalls wird der Planungsprozess wiederholt.

Auf Basis dieses neuen NVP werden dann ÖPNV-Leistungen ausgeschrieben und die Leistung vergeben. Damit wird er Gestaltungsgrundlage für in ÖPNV für die nächste 5 Jahre. Die Anpassung des Fahrplans (z. B. durch Straßensperrungen bei Straßenbauarbeiten) oder die Organisation einer zusätzlichen Fahrt wird in der Regel unterjährig und außerhalb des NVP organisiert.